

Mitteilungsblatt der DKP für VOITH-Beschäftigte

TURBINE Ausgabe Nr. 01

Februar 2011

Jahrgang 40

Gewerkschaftliche Kampfkraft erhalten

Widerstand bleibt Tagesaufgabe

„Mit dem Schwung des 13. November 2010 für einen Kurswechsel und für mehr Gerechtigkeit kämpfen!“ (Beschluss der IGM-Tarifkommission am 30.11.2010)

Erinnern wir uns. Der 13.11.2010 war bundesweit ein Tag des Protestes von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern gegen die Politik von Schwarz-Gelb.

In Stuttgart, Dortmund, Nürnberg und Erfurt gingen gegen das einseitige Sparpaket der Bundesregierung, gegen die Rente mit 67, die Kopfpauschale sowie prekäre Beschäftigung und für eine Politik im Interesse der Mehrheit der Menschen und für Perspektiven für die junge Generation, über 100.000 Menschen auf die Straße:

Großartige Protestbeispiele

Mit besonderen Aktionen zeigte die IG Metall Baden-Württemberg, was sie von der einseitigen Sparpolitik der Bundesregierung hält.

Die Große Tarifkommission der IG Metall hat am 30.11.2010 angesichts des Protests der 100.000 beschlossen, mit dem Widerstand gegen den Sozialkassenschlag nicht nachzulassen.

Die Beschlüsse:

Der Aufschwung darf nicht an den Beschäftigten vorbeigehen.

Arbeitszeit und Leistungs politik rücken ins Zentrum unserer Arbeit in den Betrieben.

Leiharbeit und prekäre Beschäftigung bekämpfen!
Der Jugend gute und gleiche Chancen auf Bildung, Ausbil-

dung und berufliche Perspektiven sichern! Chancengleichheit im Bildungssystem. Keine Befristungsketten oder Leiharbeit für Jugendliche.

Sich weder mit der Kopfpauschale bei der Krankenversicherung noch bei den Renten ab 67 abzufinden.

Die Große Tarifkommission der IG Metall fordert einen bundesweiten Protesttag für Februar 2011.

Was jetzt?

Schauen wir auf die Betriebe der IG Metall Verwaltungsstelle Heidenheim.

In den Metallbetrieben vor Ort sind rundum gute Geschäftsergebnisse zu verzeichnen. Aus der Finanz- und Wirtschaftskrise sind alle, so sagen sie selbst, gestärkt herausgekommen. Was hindert daher die Beschäftigten in allen Betrieben gemeinsam mit der IG Metall, getreu den Beschlüssen der Großen-IGM-Tarifkommission: „Nicht zu kleckern sondern zu kloppen“.

Die Kampfkraft liegt im Betrieb

Es ist nicht einfach, der Heidenheimer Monopolmacht im einzelnen Betrieb Widerstand entgegenzusetzen. Aber es



Ein geistreicher und aktionsorientierter Beitrag der Kolleginnen und Kollegen der Gießerei Heidenheim in Stuttgart. Hinzu kommt die Losung: „Nur für Arbeit gibt es Lohn - Banker in die Produktion“

lohnt sich gemeinsam mit der IG Metall HDH den Widerstand zu organisieren.

Wer ist verantwortlich?

Für die Strategie des Widerstands sind die IGM-Verwaltungsstelle Heidenheim und natürlich auch die Funktionäre und Betriebsräte der IG-Metall in den Betrieben verantwortlich.

Gemeinsame Beschlusstreue ist das Konzept des Handelns.

Linke, gewerkschaftlich konsequent orientiert und handelnde Kolleginnen und Kollegen sind die Garanten für zukunftsweisende politische Arbeit im Betrieb, für abhängig Beschäftigte. ★

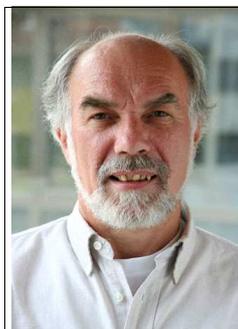
Profitwerke Heidenheim AG

Stadtwerke mit Gewinnzuwachs

In der Gemeinderatssitzung am 27. Januar 2011 nahm ich als Stadtrat die Politik der Stadtwerke in die Kritik. Der Grund dafür war, dass die Stadtwerke, laut ihrer Bilanz, gegenüber dem Vorjahr rund 1 Million Euro mehr an Gewinn ausgewiesen haben. Dieser Gewinn geht eindeutig zu Lasten der „Kunden“. Viele „Kunden“ haben Anfang des Jahres 2011 ihre Abrechnungen bekommen – und müssen mehr bezahlen. Was ich in den Unterlagen zudem feststellte, war, dass die Beschäftigtenzahl der Stadtwerke reduziert wurde. Vor allem die Zahl der Auszubildenden. In der Gemeinderatssitzung kritisierte ich, dass die Stadtwerke zum einen mehr Gewinn macht, aber gleichzeitig Arbeitsplätze abbauen. Das passt meiner Meinung nach nicht zusammen. Denn es geht hier vor allem um junge Menschen die ein ordentliches Leben führen wollen.

Erinnern möchte ich an den Arbeitskampf der Beschäftigten im Mai 2010. Es ging darum, dass die Stadtwerke einem Teil der Beschäftigten den gleichen Lohn und damit die Einhaltung bestehender Betriebsvereinbarungen verweigerten. Auch da habe ich in einer Gemeinderatssitzung verlangt, dass die Stadtverwaltung und der Gemeinderat sich auf die Seite der Beschäftigten zu stellen habe. Immerhin sei die Stadtwerke AG zu 100 Prozent im Besitz der Stadt Heidenheim.

Im Übrigen werden wir die Erfahrung machen müssen, dass die Stadtwerke im April ihre Energiepreise, vor allem beim Strom, deutlich erhöhen wird. Hierbei sollten wir „Kunden“ mit unserem Protest nicht sparen und uns dagegen wehren.



**DKP Stadtrat
Reinhard Püschel**

Betriebs- u. Gewerkschaftsspiegel

Millionäre kennen keine Krise

Krisengewinnler! Die Millionäre dieser Welt haben den leichten Rückgang ihrer Finanzvermögen zu Beginn der Krise im zweiten Krisenjahr 2009 mehr als ausgleichen können. Sie sind heute reicher als je zuvor. F. Schmid: ISW München

Das geht aus dem jüngsten Reichtumsreport (World Wealth Report) von Merrill Lynch und Capgemini hervor. Zehn Millionen Menschen gibt es weltweit, die mehr als eine Million Dollar flüssig haben. Flüssig bedeutet: Sie haben das Geld übrig, der Betrag ist frei verfügbar, ihr luxuriöser Lebensstil ist bereits finanziert. Die Geldsumme kann jederzeit und überall investiert werden. Noch flüssiger, geradezu überflüssig sind die 93.000 Ultra-HNWIs (die Ultra High Net Worth Individuals), zu deutsch die Super-Reichen. Sie haben mindestens 30 Millionen Dollar an liquiden Mitteln – über ein Fünftel mehr (21,5%) als im Jahr davor. Die zehn Millionen "einfache" Dollar-Millionäre sind in der Regel ebenfalls Multi-Millionäre. Sie verfügen über ein gesamtes Geldvermögen von 39 Billionen (39.000 Milliarden) Dollar, 18,9% mehr als 2008. Die Summe entspricht zwei Drittel (67,3%) des globalen BIPs. Pro Vermögenden sind es im Durchschnitt fast vier Millionen Dollar (3,9 Mio.).

In Deutschland gibt es mit Abstand die meisten Geld-Reichen in Europa. Ihre Zahl kletterte im Krisenjahr 2009 um 51.000 (+ 6,3%) auf 861.000, das sind mehr als in Großbritannien (448.000) und Frankreich (383.000) zusammen. In Europa hatte ein Geld-Millionär im Durchschnitt 3,25 Millionen Dollar: Multipliziert mit der Zahl der deutschen Millionäre und auf Euro umgerechnet, ergibt das einen Geldschatz von knapp 2.200 Milliarden Euro. Das gesamte

Geldvermögen in Deutschland betrug Ende 2009 4.640 Milliarden Euro. Mit anderen Worten: Ein Prozent der Bevölkerung verfügte über fast die Hälfte (47%)



des geldwerten Reichtums. Eine solche Reichtumskonzentration gab es noch nie. Mehr noch. Die Finanzkrise führte nicht zu dem notwendigen, krisenmindernden Abschmelzen des gigantischen Geldüberhangs. Das wäre dann der Fall gewesen, wenn Banken, andere Geldinstitute und Spekulationsfonds echte Verluste hätten hinnehmen müssen oder gar Pleite gegangen wären, was aber durch die staatlichen Bankenrettungsschirme zu Lasten der Steuerzahler verhindert wurde. Oder wenn die gigantischen Geldvermögen durch eine wirksame Vermögens-, Reichtums- oder Millionärssteuer zumindest etwas abgeschöpft worden wären. Zehn Prozent Steuer auf die Geld-Millionäre hätten 2009 220 Milliarden an zusätzlichen Steuereinnahmen gebracht und wären noch nicht einmal an die Substanz gegang-

gen, denn der Zuwachs des Geldvermögens betrug 14,2% in Europa. Mit dem Geld aber wären wirksame staatliche Investitionen in Güter und Dienstleistungen, Struktur- und Bildungsmaßnahmen zur Ankurbelung der Konjunktur und zur Anhebung des Lebensniveaus möglich gewesen.

So aber legen die Geld-Reichen ihre gewachsenen Finanzmittel erneut in der Finanzindustrie an, drehen noch gewagtere Spekulationsräder und beschleunigen die Raserei an den Finanzmärkten. Und die staatlichen Rettungspakete ließen die Staatsschulden explodieren, mit der Folge, dass mit Staatsanleihen dem Geldadel ein neues Anlagefeld eröffnet wurde, dieser jetzt auf den Bankrott ganzer Staaten spekulieren kann. An dieser gigantischen Ausplünderung der Bevölkerung über die Staatsverschuldung und dem Diktat der Finanzmärkte ändern auch etwaige Finanzmarkt-Regulierungen nichts, wie sie jetzt von der Bundesregierung zum G-20-Gipfel vorgeschlagen wurden und die ohnehin nur kosmetischer Natur sind.

Das Problem ist nicht der Damm, das Problem ist die Flut. Solange die Geldfluten nicht abgeschöpft werden, sondern sogar noch ansteigen, nimmt der Druck zu, werden sie an irgendeiner Stelle durchbrechen und die nächste Katastrophe herbeiführen. "Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen?", fragten Marx und Engels im Manifest: "Dadurch, dass sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert".



Tunnel, Kreisel, Totenberg

B 466 unter Beobachtung

Das LKW-Chaos kommt „Das Heidenheimer Nadelöhr“
CDU und Mappus schaden der Stadt Heidenheim

Jawohl Her Mappus! „Dieses Land ist mehr als ein Bahnhof“. Ihr Milliarden-Massengrab Stuttgart 21 aber lässt keinen Cent mehr übrig um die Verkehrsprobleme in der Fläche zu verbessern. Die Milliarden-Prestigeprojekte schaden den Städten und Gemeinden, so auch Heidenheim.

Baden-Württemberg wird Transitland für einen europaweiten LKW-Verkehr. Und Heidenheim ist mit dem Ausbau der Clichystraße, mit seiner B 466 dabei.

Den Räten in Kreis und Stadt muss bekannt sein, dass einer Verkehrsprognose zufolge, durch die Zunahme des LKW-Verkehrs auf der B 466 von Westen hinein nach Heidenheim kommend bis 2020 rund 1.700 LKW in 24 Stunden Richtung Eugen-Jaekle-Platz donnern.

Unser so genanntes „Heidenheimer Nadelöhr“ am Totenberg, der Auffahrt zur B19 nach Norden und Süden mit seinem vorgelagerten Kreisel am Schillergymnasium, stellt ein verkehrspolitisches Chaos in Aussicht.

Der Ostalbkreis sperrt Straßen für LKW über 12 Tonnen. Eine Entscheidung die nur unterstützt werden kann und die auf unseren Landkreis (B 466) ausgedehnt werden muss.

Die „Maut-Ausweichler“ und die „Korridorfahrer“ müssen auch in Heidenheim durch ein Fahrverbot ausgebremst werden.

Tunnelexperten im Rathaus stehen auch bereit. Sie wollen die LKW-Invasion wenigstens mit einem rund 700 Meter langen Innentunnel, für den bereits von der Stadtverwaltung Grundstücke in der Wilhelmstraße erworben werden in den Untergrund verbannen.

Es ist höchste Zeit, dass die von DKP Stadtrat Püschel im November 2010 beantragte Bürgerversammlung zum Innentunnel, die von OB Ilg befürwortet wurde, durchgeführt wird. Die Öffentlichkeit muss über alle baulichen, infrastrukturellen, verkehrspolitischen, finanziellen und ökologischen Auswirkungen, auch über mögliche Alternativen rechtzeitig und umfassend und mit demokratischen Mitbestimmungsrechten ausgestattet, informiert werden. Eine umfassende Bürgerinformation in die auch der Landkreis eingebunden wird, muss durchgeführt werden. Sonst könnte es sein, dass der Zug oder die LKWs in die falsche Richtung fahren.



Wilhelm Benz
Unser Kandidat
Landtagswahl
27.03.2011



Mappus muss weg

Die Bundeswehr greift in Deutschland an Bundeswehr raus aus Schulen und Universitäten

Wollt Ihr, dass in Euren Schulen und Klassenzimmern die Bundeswehr den Stundenplan versaut?

Wollt Ihr, dass die Bundeswehr über die „Wohltaten“ ihrer weltweiten Auslandseinsätze berichtet?

Statt Soldatenromantik mehr Zeit für gemeinsames Lernen, Mathematik, Grammatik, für Naturwissenschaften, für Freundschaften und Solidarität und gegenseitige Hilfsbereitschaft.

Ministerpräsident Mappus (CDU) kennt seine eigene Landesverfassung, auf die er verpflichtet ist, nicht. Die „... Erziehung der Jugend zur Brüderlichkeit aller Menschen und zur Friedensliebe ...“ (Auszug: Artikel 12 der Landesverfassung von Ba.-Wü.) ist darin festgeschrieben. Solche Verfassungsgrundsätze machen Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr, wie sie das Kultusministerium von Ba.-Wü. mit der Bundeswehr geschlossen hat, um den Zugang des Militärs in Schulen und Universitäten zu erleichtern, fragwürdig. Solche Vereinbarungen sind skandalös.

Wir wollen keine Militärpropaganda an unseren Schulen und an unseren Universitäten!

Die Bundesregierung und die Bundeswehr setzen vor allem bei jungen



Menschen an. Sie sollen davon überzeugt werden, dass Soldaten in den Krieg geschickt werden können und dazu bewogen werden, sich als Soldat zu verpflichten. Daher kommen Jugendoffiziere und Wehrdienstberater an Schulen und Universitäten, veranstaltet die Bundeswehr Events für Jugendliche, wirbt im Internet, in Zeitungen, in Kinos und Fernsehen für den Soldatenberuf. Wehrdienstberater versuchen in Arbeitsagenturen arbeitslose Jugendliche zu rekrutieren. Auch

bei sog. Ausbildungsmessen sind sie mit Hochglanzbroschüren präsent.

Die Schule ist einer der besten Orte für die Bundeswehr, auf Jugendliche einzuwirken. Wenn der Jugendoffizier kommt ist Teilnahme Pflicht. Der Jugendoffizier übernimmt die Rolle des Lehrers und gewinnt in seiner Uniform zusätzliche Autorität.

Im Zeitraum von 1998 bis 2010 sind die Kosten für die Nachwuchswerbung von 9,2 Mio. Euro auf 27 Mio. Euro gestiegen.

Unsere Forderungen:

Schulen und Universitäten sind keine Orte für Militärpropaganda.

Schulen und Universitäten sind auszubauen und zu sanieren.

Konsequente Lernmittelfreiheit, keine Studiengebühren.

Gleiche Bildungschancen für alle.



8. März Internationale Frauentag Clara Zetkin: „Ich will dort kämpfen wo das Leben ist“

100 Jahre Frauentag

Heidenheim, 21. Juli 1920 „Der Name Clara Zetkin hat auch hier, wie überall, seine Anziehungskraft bewiesen und der Kommunistischen Partei Heidenheim einen übervollen Konzerthausaal verschafft. Frau Zetkin stand bis zur Gründung der USPD auf der äußersten Linken der Sozialdemokratie, trat dann zur USPD über und landete bald darauf bei den Kommunisten“ So das Heidenheimer Tagblatt 1920 „... Der deutsche Michel dürfe nun die zermalmenden Lasten des Krieges tragen. ...“ Clara Zetkin in Heidenheim, in einer Rede gegen den Ersten Weltkrieg, seinen Ursachen und Schuldigen.

Die von den IG Metall-Frauen 2005 initiierte Aktion, eine Straße in Heidenheim nach Clara Zetkin zu benennen, wurde von OB Ilg mit dem Hinweis, sie habe mit „wütender Aggressivität“, die Sozialdemokratie und die Weimarer Republik bekämpft. „Ich bitte Sie um Respekt, aber in der Gesamtbetrachtung ist eine Straßenbenennung nach jemanden nicht möglich, der das demokratische System bekämpft hat“, abgelehnt.

Seine erzkonservative Grundhaltung gegenüber einer Frau die sich unbeugsam für das Frauenwahlrecht, für gleichberechtigte Bildung, gegen Krieg und Ausbeutung und für soziale Gerechtigkeit eingesetzt hat, bleibt für OB Ilg bis heute eine politische Peinlichkeit.

Resolution zum Internationalen Frauentag

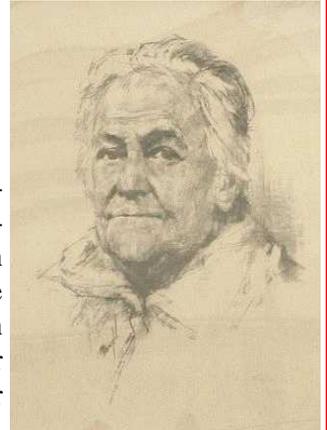
am 27. August 1910 in Kopenhagen

Im Einvernehmen mit den klassenbewußten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats in ihrem Lande veranstalten die sozialistischen Frauen aller Länder jedes Jahr einen Frauentag, der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht dient. Die Forderung muß in ihrem Zusammenhang mit der ganzen Frauenfrage der sozialistischen Auffassung gemäß beleuchtet werden. Der Frauentag muß einen internationalen Charakter tragen und ist sorgfältig vorzubereiten.

Clara Zetkin, Käthe Dunker und Genossinnen

„... Wenn heute das Parlament innerhalb bestimmter Grenzen für den Kampf der Werktätigen ausgenutzt werden kann, so nur dann, wenn es seine Stütze hat an kraftvollen Aktionen der Massen außerhalb seiner Mauern“

Clara Zetkin, in ihrer Eröffnungsrede als Alterspräsidentin des Reichstags 30.08.1932



DGB Internationale Frauentag

5. März 2011 Rathaus Heidenheim
Verleihung des Clara Zetkin-Preis der IG Metall
Eröffnung einer Dokumentation zu Clara Zetkin

Dort kämpfen wo das Leben ist!

Clara Zetkin

Im Betrieb

DGB

Aktionstag am 24. Februar 2011

Arbeit - sicher und fair!

Mit dem DGB fordern „Wir“ gemeinsam:

- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit auch bei Leiharbeit
- ★ Einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn
- ★ Verhinderung von Lohndumping auch bei grenzüberschreitender Leiharbeit
- ★ Kein Einsatz von Leiharbeit bei Streiks
- ★ Keine Leiharbeit im Dauereinsatz
- ★ Mehr Mitbestimmung für Betriebs- u. Personalräte
- ★ Schluss mit sachgrundlosen Befristungen
- ★ Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit

Schaffen wir Aktionsprogramme in den Betrieben und in den Verwaltungen. Folgen wir dem Aufruf des DGB



Spende!

Wir brauchen Ihre finanzielle Unterstützung
BLICKPUNKT, TURBINE, Handzettel und andere Publikationen kosten Geld
Auch kleine Spendenbeiträge sind willkommen

DKP Heidenheim
Spendenkonto 413903 BLZ 632 500 03
Kreissparkasse Heidenheim

Vielen Dank!